

Kurzinformationen

zusammengestellt von Ahmed Fazl und Thomas Stukenberg

Nur Hilfe ohne Bedingungen

Bangladesh, einstmals wegen seiner schier niemals endenden Nachfrage nach internationaler Hilfe als 'Faß ohne Boden' bezeichnet, verweigert nun einen Teil der ausländischen Hilfe. Nach offiziellen Mitteilungen hat die Regierung sich dazu entschieden, ausländische Hil-

fen abzulehnen, wenn damit zu harte Bedingungen verknüpft sind. Als eines der ärmsten Länder der Welt und oftmals Opfer von Naturkatastrophen, erhält Bangladesh jährlich Hilfeleistungen aus Übersee in Höhe von etwa zwei Milliarden US-Dollar. In einer aktuellen Regierungsmitteilung heißt es, daß Land müsse "so weit wie möglich die harten Bedingungen, die von

den Geberländern oder internationalen Organisationen gestellt werden, zurückweisen, Kofinanzierungen vermeiden und die nationale Kontrolle über das Management von Hilfsprojekten behalten." In dem Papier heißt es weiter, Projekte von einem Volumen von weniger als einer Million US-Dollar sollten nicht akzeptiert und aus eigenen Mitteln finanziert werden. Mitarbeiter des Finanzministeriums gehen davon aus, daß davon Hilfeleistungen im Wert von etwa 200 Millionen US-Dollar betroffen sind. "Zu diesem Zeitpunkt sind das jedoch reine Schätzungen", heißt es dazu von offizieller Seite. Bangladesh habe seine Politik bezüglich ausländischer Hilfeleistungen überprüft, weil einige der mit diesen Leistungen verknüpften Bedingungen zu strikt gewesen seien und sich außerdem die eigene finanzielle Situation verbessert habe.

Zu den Bedingungen, die unter anderem von den Gebern gestellt wurden, gehören Verzicht auf Lohnerhöhungen in Unternehmen des öffentlichen Sektors, die Verluste machen und auf umfangreiche Subventionen angewiesen sind. Die Geber, so die Vertreter des Finanzministeriums, setzten die Regierung unter Druck, den Energiesektor effizienter zu gestalten, überflüssige Arbeitskräfte in der staatlichen Juteindustrie zu entlassen und staatseigene Unternehmen zu privatisieren.

Weiterhin heißt es, manchmal flössen nahezu 40 Prozent der Hilfgelder in Form von Gehältern und Zuschüssen für ausländische Experten wieder in die Geberländer zurück. Die etwa eine Million Beschäftigten des öffentlichen Sektors jedoch wollten, daß einheimische Experten diese Aufgaben wahrnehmen. Finanzminister Saifur Rahman stellt fest, daß "das Strukturanpassungsprogramm der Weltbank im mikro-ökonomischen Bereich nicht die gewünschten Resultate erbracht" habe. Er vertrat die Auffassung, ausländische Hilfe habe einen schwächenden Effekt auf die Wirtschaft und forderte eine finanzielle Entwicklung aus Bangladeshs eigenen Ressourcen. Ohne



Die unprofitable Juteindustrie Bangladeshs wird umstrukturiert (Foto: Walter Keller)

nähere Ausführungen dazu zu machen, erklärten Vertreter aus dem Finanzministerium, mehrere vom Ausland unterstützte Projekte seien verzögert und andere Hilfsangebote seien zurückgewiesen worden.

"Es stimmt, daß Bangladesh bestimmte Hilfeleistungen zurückgewiesen hat," gibt der Weltbankvertreter in Dhaka zu. "Bangladesh hat seine Wirtschaft deutlich besser im Griff, hat mittlerweile deutlich größere Devisenreserven und befindet sich daher in einer recht starken Position, sodaß es Hilfsangebote, die es unangemessen findet, zurückweisen kann." Er wies jedoch die Behauptung zurück, die mit den Hilfeleistungen verknüpften Bedingungen seien zu hart. Diese seien schließlich zwischen Bangladesh und den Gebern ausgehandelt worden. Er lobte die Regierung für die Umstrukturierungen im unprofitablen Jutesektor und sagte, sie habe dafür die Weltbank um 250 Millionen US-Dollar Unterstützung gebeten. Etwa 20.000 Arbeiter aus den staatseigenen Jutespinnereien haben durch dieses Reformprogramm bereits ihre Arbeitsplätze verloren - aus Dhaka heißt es dazu, sie seien freiwillig in den Ruhestand getreten. Beobachter gehen jedoch davon aus, daß weitere 20.000 Arbeiter in diesem Sektor mit ihrer Kündigung rechnen müssen.

Bangladesh gibt jährlich beinahe neun Milliarden Taka (225 Millionen US-Dollar) oder etwa 13 Prozent seines Budgets für die Unterstützung zahlreicher Unternehmen aus, die sich im Staatsbesitz befinden. Im Finanzministerium weist man jedoch stolz auf Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation Bangladeshs hin. So verfüge man derzeit über Devisenreserven von über 2,2 Milliarden US-Dollar, die Inflationsrate betrage nur noch etwa zwei Prozent und auch das Haushaltsdefizit gehe zurück. Die Regierung kann nun etwa 30 Prozent der jährlichen Entwicklungsarbeit selbst finanzieren. Noch vor zwei Jahren war sie dabei vollständig auf ausländische Unterstützung angewiesen.

Forderung nach vorgezogenen Wahlen

Die großen Oppositionsparteien in Bangladesh haben die Forderung nach vorgezogenen Wahlen unter einer geschäftsführenden Regierung erhoben. Nach ihrem Dafürhalten hat die regierende 'Bangladesh Na-

tionalist Party' (BNP) das Vertrauen der Bürger eingebüßt. Die Wähler wollten nicht bis 1996 warten, behaupten die 'Awami League' (AL) und die 1990 gestürzte Ershad Partei, die 'Jatiya Party' (JP). Gemeinsam mit kleineren oppositionellen Gruppierungen führen sie die grassierende Korruption, ökonomisches Mismanagement und die zunehmenden Nöte der Konsumenten als Faktoren an, die ein Vorziehen der Wahlen rechtfertigen. "Die Regierung hat seit ihrem Machtantritt hinsichtlich der Lenkung der Geschicke des Landes völlig versagt", so Abdul Mannan, früherer Innenminister und geschäftsführender Vorsitzender der AL. Die AL bezichtigt die Regierung ferner der Verletzung demokratischer Spielregeln, wobei der Mißbrauch des 'Anti-Terrorism Act' durch die Regierung betont wird. Dieses sei zu einem Instrument der Erstickung oppositioneller Bewegungen geworden. Die JP konkretisiert diesen Vorwurf: Das Gesetz sei dazu benutzt worden, um ihre öffentlichen Kundgebungen und legitimen Demonstrationen zu unterbinden. Desweiteren befänden sich führende JP Mitglieder ohne ein Gerichtsverfahren im Gefängnis aufgrund des 'Special Powers Act', das es den Behörden ermöglicht, eine Person für bestimmte Zeit ohne Anklage und Verhandlung in Haft zu halten. Die Regierung hat die Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen zurückgewiesen und betont, daß sie das von den Wählern für die Dauer von fünf Jahren erhaltene Mandat erfüllen möchte. "Von einem vorzeitigen Rücktritt der Regierung kann nicht die Rede sein", formuliert Begum Zia unmißverständlich. Für die Forderungen der Opposition gäbe es keine verfassungsmäßige Grundlage, so die Regierungschefin weiter.

Belagerung des Zentralsekretariats durch die Opposition

Die oppositionelle 'Awami League' (AL) organisierte am 10. November eine Belagerung des Zentralsekretariats, dem Sitz der Regierungsministerien. Das Ereignis war geprägt durch Gewalt und Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten. Über 200 Personen wurden verletzt. Nach Angaben der Polizei wurden 100 Aktivisten wegen Anstiftung zur Gewalt inhaftiert. Das Gros derselben werde aufgrund der Zerstörung von Regierungs- und Privateigentum unter dem 'Anti-Terrorism Act' ver-

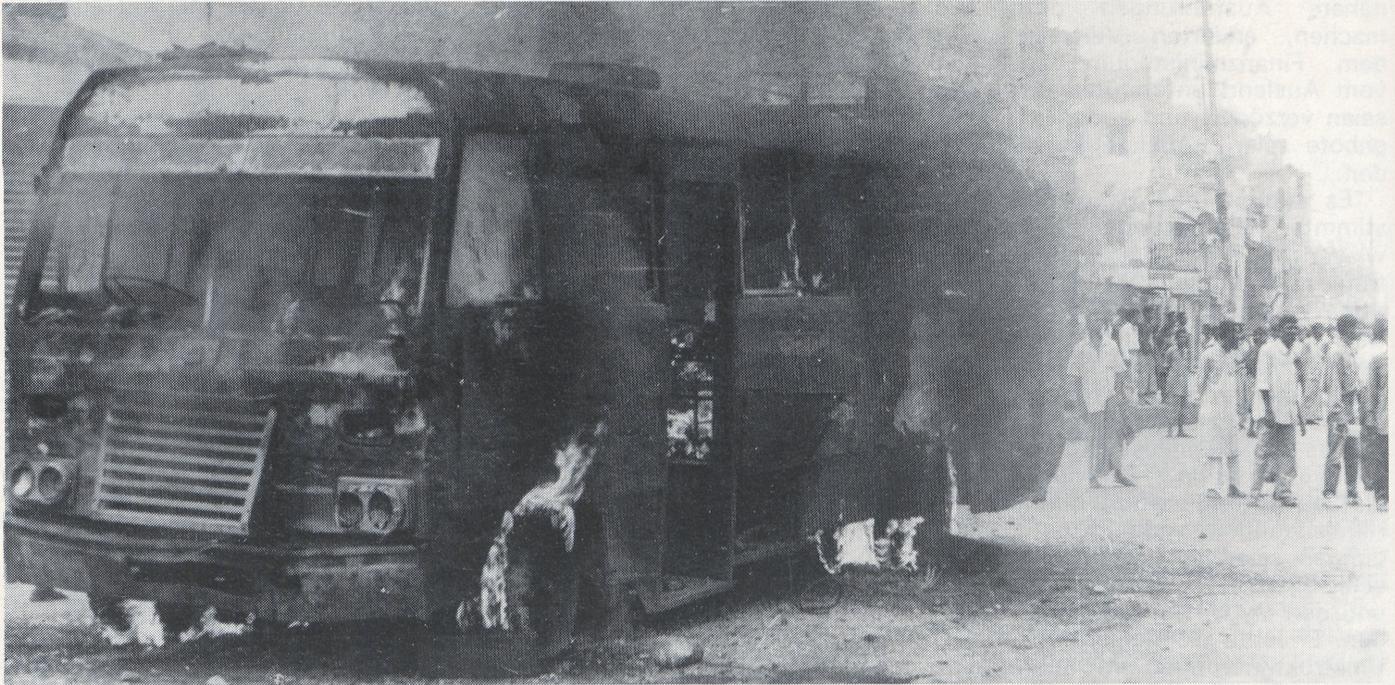
urteilt. Die Polizei setzte Tränengas und Knüppel ein, um den von 2.000 AL Sympathisanten gebildeten Belagerungsring zu durchbrechen, nachdem Präventivmaßnahmen in Form der Schließung der zentralgelegenen Topkhana und Gullistan Distrikte am Ansturm der AL-Aktivisten gescheitert waren. Diese beschuldigen die Polizei, mit rücksichtsloser Härte gegen die Demonstranten vorgegangen zu sein. Unter den Verletzten befänden sich auch der geschäftsführende Vorsitzende der AL, Abdul Mannan, sowie mehrere AL-Abgeordnete. Nach Ansicht der Opposition sollte die Belagerung den Blick der Öffentlichkeit auf das "undemokratische" Verhalten der Regierung und die korrupten Top-Beamten der regierenden BNP lenken.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse des 10. Novembers rief die Opposition einen sechsständigen Generalstreik aus. Dieser fand am 13. November statt und wurde weitgehend befolgt.

Abgesehen von einigen kleineren Zusammenstößen zwischen Streikenden und der sich weitgehend zurückhaltenden Polizei, verlief das von der AL organisierte Streikprogramm friedlich. Auf einer im Anschluß an den Streik stattfindenden Kundgebung verlangte die AL vorgezogene Wahlen unter einer Übergangsregierung (s.o.) und gab ein neues, auf die Durchsetzung ihrer Forderungen abzielendes Agitationsprogramm bekannt. Desweiteren forderte die AL die sofortige Freilassung aller bei der Belagerungsaktion am 10. November festgenommenen AL-Aktivisten.

Feministin erzürnt Islamische Fundamentalisten

Die bekannte feministische Schriftstellerin Taslima Nasreen hat Proteste fundamentalistischer Gruppen ausgelöst, weil sie dem Islam vorhält, Frauen v.a. in der Ehe zu benachteiligen und die Ausbeutung der Frau zu institutionalisieren. Nach der Veröffentlichung dieser in einem Buch vertretenen These in einer Zeitschrift fordern nun islamische Fundamentalisten, alle ihre Bücher zu verbieten und haben ihren Ausschluß aus der islamischen Gemeinschaft erklärt, da sie den Islam verunglimpft habe. Sie wird mit dem britischen Schriftsteller Salman Rushie verglichen, dessen Buch 'Satanische Verse' zu einem Mordaufruf durch Ajatollah Khomeini führte. Eine fundamentali-



Brennender Bus während einer von der Awami League organisierten Belagerung des Regierungsviertels am 10. November 1993 (Foto: Ahmed Fazl)

stische Gruppe im nordöstlich gelegenen Sylhet Distrikt hat einen Scheinprozeß gegen Frau Nasreen abgehalten, an dessen Ende sie als Ungläubige bezeichnet und wegen Blasphemie zum Tode verurteilt worden ist. Die 'Sainik Sahaba Parishad' (der islamische Kriegerrat) verlangt ferner von der Regierung, dieses Urteil im Anschluß an eine ordentliche Gerichtsverhandlung zu vollstrecken. Nach einem Zeitungsbericht hat die Gruppe ein Kopfgeld in Höhe von 50.000 Taka (ca. 2.000 DM) geboten. Ein Aufschrei der Empörung durch liberale und säkulare Gruppen führte zwar zu einem Dementi der Gruppe, sie fordert jedoch weiterhin die Verhaftung der 32-jährigen Schriftstellerin. Ihr Haus wird nun fortwährend

durch Polizeikräfte bewacht, da Mordanschläge fanatischer Moslems befürchtet werden.

Die Regierung hat bereits eines der Nasreen Bücher verboten, in dem die Stellung der Hindu-Minorität in der von Moslems dominierten Gesellschaft beschrieben wurde. Während das Buch mit dem Titel 'Lajja' (Schande) bei der Regierung durchgefallen ist, da es die bestehende Harmonie zwischen den Religionen störe, findet es viel Anklang bei den für die Minderheitsrechte einstehenden Gruppen. Die fundamentalistische 'Jamaat-i-Islami' betrachtet das Buch als einen neuerlichen Versuch, Islam und Moslems zu verleumden. Frau Nasreen sieht sich dagegen als das Opfer fanatischer Moslems, weil sie reali-

tätsnahe Gesellschaftsportraits und enthüllende Darstellungen liefert.

'Awami League' Parlamentsabgeordneter zu lebenslanger Haft verurteilt

Der AL-Abgeordnete Hemayetuddin Aurango ist am 14. November wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Gericht befand Aurango, damals ein bekannter Aktivist einer Studentenorganisation, für schuldig, im Januar 1980 einen Angestellten des Verteidigungs-Nachrichtendienstes erschossen zu haben. Der Prozeß gegen den lange flüchtigen und erst im Oktober letzten Jahres verhafteten Aurango dauerte ein Jahr.

"Keine Projektumsetzung gegen die Bevölkerung"

von Pamela Metschar und Dieter Reinhardt

Die 'Internationale Kampagne gegen den Flood Action Plan' traf sich Ende Oktober in Berlin mit Vertretern der Weltbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Strittigster Diskussionspunkt bildete die jüngsten Demonstrationen im deutschen Projektgebiet.

Im Mittelpunkt des Seminars, zu dem Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen aus den USA, Europa und Bangladesh angereist waren,

stand die Komponente 20 des Flood Action Plans. Dieses Pilotprojekt, das dazu dienen soll, das sog. Kompartimentkonzept zu testen, umschließt zwei Gebiete auf der linken und rechten Brahmaputralseite. Hier werden seit Herbst 1993 Ringdeiche gebaut bzw. ergänzt, um in den darin liegenden Gebieten eine "kontrollierte Wasserbewirtschaftung" zu ermöglichen. Die Bundesregierung und die Niederlande finanzie-

ren das Projekt gemeinsam. In den beiden Projektgebieten leben etwa 250.000 Menschen. Die NRO-Vertreter aus Bangladesh, deren Organisationen teilweise in den Projektgebieten arbeiten, berichteten beim Berliner Treffen von Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen das geplante Projekt. Die Situation scheint sich zuzuspitzen. Bauernfamilien, deren Land enteignet wurde, erhielten von der Verwaltung keine